

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, Anna Lührmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3141 –

Erhaltungsrückstand bei Bundesfernstraßen beenden

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Unterfinanzierung der Erhaltungsinvestitionen bei Bundesfernstraßen von mindestens 300 Mio. Euro durch Umschichtung von Mitteln für Maßnahmen des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen zu beenden und einen aufgelaufenen Instandhaltungsrückstand bei den Bundesfernstraßen durch ein zusätzliches Sonderprogramm mit einem jährlichen Volumen von 300 Mio. Euro über zehn Jahre abzubauen, das ebenfalls durch Umschichtung von Mitteln des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen finanziert werden soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3141 abzulehnen.

Berlin, den 5. März 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Renate Blank
Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Renate Blank

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3141** in seiner 67. Sitzung am 23. November 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Unterfinanzierung der Erhaltungsinvestitionen bei Bundesfernstraßen von mindestens 300 Mio. Euro durch Umschichtung von Mitteln für Maßnahmen des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen zu beenden und einen aufgelaufenen Instandhaltungsrückstand bei den Bundesfernstraßen durch ein zusätzliches Sonderprogramm mit einem jährlichen Volumen von 300 Mio. Euro über zehn Jahre abzubauen, das ebenfalls durch Umschichtung von Mitteln des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen finanziert werden soll.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/3141 in seiner 28. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/3141 in seiner 31. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, die in dem Antrag vorgesehene Umschichtung von Haushaltsmitteln würde dazu führen, dass für den Neubau von Straßen notwendige Mittel nicht zur Verfügung stünden. Aus verkehrspolitischer Sicht sei es sicherlich wünschenswert, insgesamt mehr Mit-

tel für den Straßenbau zur Verfügung zu haben. Dies müsse sich aber in den Gesamtrahmen des Haushaltes einfügen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass von dem Verkehrsprojekt Deutsche Einheit sowohl die östlichen als auch westlichen Bundesländer profitierten. Man habe ein Programm für die Zeit von 2003 bis 2009 aufgelegt, welches alleine für die Bundesfernstraßen ein Volumen von 1,8 Mrd. Euro umfasse. Sie forderte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, sich gemeinsam für eine Verbesserung der Finanzausstattung des Bundesfernstraßenbaus einzusetzen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie könne dem Antrag nicht zustimmen, da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN damit bezwecke, die ohnehin zu geringen Mittel für Neubaumaßnahmen weiter zu reduzieren, um damit Neubauten zu verhindern. Zutreffend sei, dass in den Fernstraßen ausbau insgesamt zu wenig Geld investiert werde. Der Bedarf dafür liege nach den Feststellungen der „Pällmann-Kommission“ wesentlich höher. Man dürfe sich daher nicht wundern, dass der Zustand der Bundesfernstraßen immer schlechter werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, der schlechte Zustand der Autobahnen und Bundesstraßen entwickle sich auch zu einem Sicherheitsproblem und zu einem Lärmproblem. Erhaltungsmaßnahmen seien dringend notwendig. Daher stimme sie dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Wenn man aber schon über Umschichtungen von Haushaltsmitteln nachdenke, solle man auch weitergehende verkehrspolitische Ziele wie eine integrierte Verkehrsplanung mit in den Blick nehmen und sich nicht ausschließlich auf Straßenbauprojekte fokussieren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, wenn für einen Bereich nur ein bestimmter Geldbetrag zur Verfügung stehe, müsse man Prioritäten setzen. Es werde allseits festgestellt, dass es im Bereich der Bundesfernstraßen einen erheblichen Unterhaltungsrückstand gebe. Trotzdem werde das Netz erweitert, obwohl dies langfristig zu noch höheren Unterhaltungskosten führe. Man lasse eine wertvolle Infrastruktur verkommen und verschiebe die aus dem Unterhaltungsbedarf resultierenden Lasten in die Zukunft. Dies sei eine implizite Erhöhung der Staatsverschuldung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3141.

Berlin, den 5. März 2007

Renate Blank
Berichterstatlerin

